

## Entführungen und Mißhandlungen

### Hilfe für Gefangene in Tschetschenien

Osnabrück – Raschid Osdojew wurde am 11. März 2004 von mutmaßlichen Angehörigen des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) entführt und ist seitdem verschwunden. Ob der stellvertretende Staatsanwalt in der Republik Inguschetien noch lebt oder an welchem Ort er festgehalten wird, ist seitdem nicht bekannt. Über die Hintergründe dieses Falles und ähnlicher Menschenrechtsverletzungen berichtete auf Einladung von Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) und Volkshochschule die Russland-Expertin von Amnesty International, Anja Kräutler.

Infolge zweier Tschetschenien-Kriege sehe die Hauptstadt Grosny aus wie Berlin nach 1945, berichtete Kräutler. Ein Drittel der ca. 600.000 Menschen lebe in Notunterkünften. Die meisten seien körperlich oder seelisch krank. Die Vertreterin von Amnesty International kritisierte, daß im Gegensatz zu Österreich mit 84% in Deutschland nur etwa 12% der Flüchtlinge aus dieser Region Asyl gewährt werde und seit Beginn dieses Jahres sogar wieder Tschetschenen nach Russland abgeschoben würden.

Die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen zu Tschetschenien werde in Russland zunehmend behindert. So sei die Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft nach zwei Jahren Schikane im Oktober verboten worden. Willkürliche Festnahmen und Misshandlungen in Polizeigewahrsam seien an der Tagesordnung. Angesichts von ca. 40.000 russischen Soldaten und über 10.000 tschetschenischen Sicherheitskräften sei es für die Angehörigen Verfolgter nicht ohne Risiko, sich an Amnesty International zu wenden.

Die Gefangenenhilfsorganisation bemühe sich, gegen die Straf- und Rechtlosigkeit in Tschetschenien vorzugehen. Eine wichtige Rolle spiele hierbei der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, der bereits mehrere Urteile zu Tschetschenien gesprochen habe, die Russland jetzt umsetzen müsse. Vor allem aber sei Amnesty International bemüht, Einzelfälle weltweit öffentlich zu machen und dadurch die russische Regierung zum Handeln zu bringen. Durch Schreiben an die russische Regierung und an die Botschaft Russlands in Berlin könne jeder Bundesbürger dazu beitragen, Menschen wie Raschid Osdojew wieder frei zu bekommen.

Hinweis: Konkrete Informationen gibt es unter [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de). Ansprechbar für Amnesty International in Osnabrück ist Antje Rauch-Paul:

Tel.: 0541/4406201

E.-mail: [AntjeundDieter@osnanet.de](mailto:AntjeundDieter@osnanet.de)

November 2006